

Delfer Kreisblatt

Das Kreisblatt erscheint Dienstag und Freitag und kann nur mit der „Lokomotive“ zusammen bezogen werden; dieselbe kostet für das Vierteljahr bei der Post 2,70 M.



Inserate werden bis Montag und Donnerstag mittag in der Geschäftsstelle angenommen.

Preis für die 4gespaltene Zeile 15 Pf.; für außerhalb des Landgerichtsbezirks Dels Wohnende 20 Pf.

Redakteur: Max Politt.

Druck und Verlag A. Ludwigs Buchdruckerei Rothe, Politt & Co. in Dels.

Nr. 99.

Dels, den 17. Dezember 1918.

56. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Dels, den 15. Dezember 1918.

Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung.

Nachdem die Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918 und die Wahlordnung im Reichsgesetzblatt (Seite 1345 ff. und Seite 1353) veröffentlicht worden sind, soll mit den Vorarbeiten zur Wahl begonnen werden.

Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben einschließlich der Personen des Soldatenstandes. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist:

1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht,
2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.

Der Regierungsbezirk Breslau bildet einen Wahlkreis, in dem 12 Abgeordnete zu wählen sind. Jeder Wahlkreis wird in Stimmbezirke geteilt. Die Abgrenzung der Stimmbezirke erfolgt in den Städten durch den Magistrat, auf dem Lande durch den Landrat; in gleicher Weise erfolgt für jeden Stimmbezirk die Ernennung der Wahlvorsteher und Stellvertreter und die Bestimmung des Wahlraumes. Den Wahlvorstand bilden der Wahlvorsteher, 3 bis 6 Beisitzer und 1 Schriftführer. Die Beisitzer und den Schriftführer ernimmt der Wahlvorsteher aus den Wahlberechtigten des Stimmbezirks.

Für jeden Gemeinde- und jeden Gutsbezirk wird eine Wählerliste nach dem in der Anlage A abgedruckten Muster von dem Gemeindevorstand bzw. Gutsvorsteher in zwei gleichlautenden Stücken aufgestellt. In die Wählerliste sind alle Wahlberechtigten nach Vor- und Nachnamen, Alter, Gewerbe und Wohnort in alphabetischer Ordnung einzutragen. Die Wählerlisten sind auf die Dauer von 8 Tagen zu jedermanns Einsicht auszulegen. Der Tag, von dem ab die Listen auszulegen sind, wird vom Staatssekretär des Innern bestimmt. Die Ortsbehörde hat vor Auslegung der Listen in ortsüblicher Weise bekannt zu geben, wo und wie lange die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht ausgelegt werden, sowie in welcher Zeit und in welcher Weise Einsprüche gegen die Wählerlisten zu erheben sind. Wer die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Ortsbehörde schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen. Wenn der Einspruch nicht sofort für begründet erachtet wird, ist er für die ländlichen Bezirke nur umgehend zur Entscheidung vorzulegen. Im Falle einer Berichtigung der Wählerliste sind die Gründe der Streichungen und Nachtragungen am Rande der Liste unter Angabe des

Datums kurz zu vermerken; etwaige Belege sind dem Hauptstaat der Liste beizuhängen.

Nach dem Ablauf der Auslegungsfrist können in die Wählerliste Wahlberechtigte nur in Erledigung rechtzeitig angebrachter Einsprüche aufgenommen werden. Verlegt ein Wahlberechtigter nach diesem Zeitpunkt seinen Wohnsitz nach einem anderen Stimmbezirk, so ist er berechtigt, sich nach Löschung seines Namens in der Wählerliste seines bisherigen Stimmbezirks auf Grund einer hierüber von der Gemeindebehörde auszustellenden Bescheinigung im Stimmbezirk seines neuen Wohnsitzes nachträglich in die Wählerliste aufnehmen zu lassen.

Die beiden gleichmäßig berichtigten Stücke der Wählerliste sind nach Ablauf der Frist des § 4 Absatz 3 der Wahlordnung vom Gemeindevorstand (Gutsvorsteher) abzuschließen und zu unterschreiben. Hierbei hat der Gemeindevorstand eine Bescheinigung darüber auszustellen, daß und wie lange die Wählerliste ausgelegt hat sowie daß die Bekanntmachung hierüber und ebenso die im § 30 der Wahlordnung vorgeschriebenen ortsüblichen Bekanntmachungen erfolgt sind. Außerdem ist auf dem zweiten Stücke der Wählerliste amtlich zu bescheinigen, daß es mit dem Hauptstück völlig übereinstimmt.

Das Hauptstück der Wählerliste nebst den Belegen hat der Gemeindevorstand (Gutsvorsteher) sorgfältig aufzubewahren; das zweite Stück dagegen dem Wahlvorsteher zur Benutzung bei der Wahl zu übersenden.

Die Namen der Wahlvorsteher, Wahllokale und Abgrenzung der Stimmbezirke werde ich später bekanntgeben.

Den Ortsbehörden gehen Formulare zu den Wählerlisten in den nächsten Tagen zu. Die Listen sollen bis Ende Dezember fertiggestellt sein.

Außer der Einsichtnahme in die Listen können die Parteien sowie die Wähler auch Abschriften der Wählerlisten vornehmen, soweit dies ohne Beeinträchtigung des gleichen Rechts anderer Beteiligten möglich ist. Es ist zu beachten, daß die Parteien gleich behandelt werden und daß nicht etwa nur einzelnen Parteien die Abschriftnahme gestattet wird.

Hinsichtlich der Beschaffung der Unterlagen für die Wählerlisten bestehen besondere Vorschriften nicht.

Um die Aufstellung der Wählerlisten zu erleichtern, lasse ich den Ortsbehörden Formulare für Haushaltslisten zugehen. Ich stelle anheim, diese Listen unter die Haushaltungsvorstände zu verteilen, sie ausfüllen und wieder abholen zu lassen. Von der Ausfüllung der Haushaltsliste darf jedoch die Aufnahme in die Wählerliste nicht abhängig gemacht werden.

Wählerliste

anlage A.

(der Gemeinde) _____

(des Gutsbezirkes) _____

Stimmbezirk Nr. _____

{ (der Gemeinde) _____

{ (des Gutsbezirkes) _____

des Kreises Dels.

(Musterordruck für die Eintragungen.)

Spe. Nr.	Surname	Vorname	Alter, Jahre	Stand oder Gewerbe	Wohnort	Bemerk d. erfolgten Stimmabgabe		Bemerkungen
						Ordent- liche Wahl	Nachwahl	
der Wähler								
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	Abelt	Carl	35	Bauer	Clausdorf	+		
2	Alert	Friederike	24	Haustochter	"			
3	Arnold	Heinrich	37	Schulze	"	+		
4	Arnold	Ludwig	20	Pächter	"			Nr. 4 ist noch nicht 20 Jahre alt, daher gestrichen am . . . ten (Unterschrift)
5	Böhm	Ernst	42	Bäcker	"			
6	Böhm	Peter	70	Bäcker	"			Nr. 6 hält sich nur vorüber- gehend in Clausdorf auf, gestrich. auf Entscheidung des Landrats, Magistrats u. w. vom . . . ten (Unterschrift)
7	Brandt	Wilhelmine	50	Chefrau	"			
8	Braß	Michael	30	Brauer	"			
9	Braun	Emilie	22	ohne Beruf	"	+		
10	Cohn	Sieck	30	Handelsmann	"			Nr. 10 ist unmündig, da- her gestrichen am . . . ten (Unterschrift)
11	Cohn	Meyer	48	Schankwirt	"	+		
12	Donner	Wag	28	Müller	Buschmühle	+		

den

Der Gemeindevorstand (Gutsvorsteher)

(Unterschrift)

Nachtrag

(Musterordruck für die Eintragungen.)

Spde. Nr.	Nachname	Vorname	Alter, Jahre	Stand oder Gewerbe	Wohnort	Bemerk d. erfolgten Stimmabgabe		Bemerkungen
						Ordnungsl. Wahl	Nachwahl	
der Wähler								
1	2	3	4	5	6	7	8	9
13	Friedrich	Paula	36	Merzlin	Clausdorf			Nr. 13 hat erst nach Aufstellung der Wählerliste ihren Wohnsitz aufgeschlagen, nachgetragen am . . . ten 19. . . (Unterschrift)
14	Kaul	Ernst	26	Barbier	"			Nr. 14 aus Versehen übergegangen, nachgetragen wie vor. (Unterschrift)

u. w.

(Ort), den 19 . . .

Abgeschlossen *)

Der Gemeindevorstand. Der Gutsvorsteher.

(Unterschrift)

*) Auf dem Exemplar, welches der Wahlvorsteher erhält, ist hinzuzulegen:

„mit der amtlichen Bescheinigung, daß das gegenwärtige Exemplar mit dem Hauptexemplar der Wählerliste völlig übereinstimmt.“

und in der Bescheinigung über die Auslegung statt der Worte:

„die vorstehende Wählerliste“ zu schreiben: „das Hauptexemplar der vorstehenden Wählerliste“.

Daß die vorstehende Wählerliste nach vorgängiger ordnungsgemäßer Bekanntmachung vom 19. 19. zu jedermanns Einsicht ausgelegt hat, sowie daß die Abgrenzung des Stimmbezirkes, der Name des Wahlvorstehers und seines Stellvertreters, Ort, Tag und Stunde der Wahl acht Tage vor dem Wahltag in ordnungsgemäßer Weise bekanntgemacht worden sind, wird hierdurch bescheinigt.

Der Gemeindevorstand. Der Gutsvorsteher.
(Siegel) (Unterschrift)

Dels, den 14. Dezember 1918.

Steuerveranlagung für das Jahr 1919.
(vom 1. April 1919 bis 31. März 1920)

Auf Grund des § 25 des Einkommensteuergesetzes wird hiermit jeder bereits mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark veranlagte Steuerpflichtige im Kreise Dels aufgefordert, die Steuererklärung über sein Jahreseinkommen nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit vom 4. Januar bis 20. Januar 1919 dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die obenbezeichneten Steuerpflichtigen sind zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Formular nicht zugegangen ist.

Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibbriefes.

Unvollständige, insbesondere auch der Unterschrift oder vorgeschriebenen „Versicherung“ entbehrende Steuererklärungen können als gültig nicht angesehen werden.

Mündliche Erklärungen werden im Amtsstube des Unterzeichneten — Wilhelmstraße 3 — werktäglich vormittags von 9—12 Uhr zu Protokoll entgegengenommen, jedoch nur, insoweit Zeit hierzu zur Verfügung steht.

Die vorgeschriebenen Formulare zu Steuererklärungen werden oben erwähnten Steuerpflichtigen demnächst durch die Post zugesandt werden. Wo dies bis zum 3. Januar nicht geschehen ist, werden Formulare im Amtsstube des Unterzeichneten, Wilhelmstraße 3, sowie bei den Magistraten auf Verlangen kostenlos verabfolgt.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, hat gemäß § 31 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes neben der im Veranlagungs- und Rechtsmittelverfahren endgültig festgestellten Steuer einen Zuschlag von 5 Prozent zu derselben zu entrichten.

Wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben oder willkürliche Verschönerung von Einkommen in der Steuererklärung sind im § 72 des Einkommensteuergesetzes mit Strafe bedroht.

Die Frist zur Abgabe der Steuererklärung kann nur ausnahmsweise auf hinreichend begründeten Antrag verlängert werden.

Um Mißbräugen möglichst zu vermeiden, wird dringend empfohlen, die Steuererklärung durch Ausfüllung der Seiten 3 und 4 des Formulars zu erläutern.

Gemäß § 71 des Einkommensteuergesetzes wird von Mitgliedern einer in Preußen, Sachsen und Hessen steuerpflichtigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung derjenige Teil der auf sie veranlagten Einkommensteuer nicht erhoben, welcher auf Gewinnanteile der Gesellschaft mit beschränkter Haftung entfällt. Diese Vorschrift findet aber nur auf solche Steuerpflichtige Anwendung, welche eine Steuererklärung abgegeben und in dieser den von ihnen empfangenen Geschäftsgewinn besonders bezeichnet haben. Daher müssen alle Steuerpflichtigen, welche eine Berücksichtigung gemäß § 71 a. a. O. erwarten, mögen sie bereits im Vorjahre mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark veranlagt gewesen sein oder nicht, binnen der oben bezeichneten Frist eine die nähere Bezeichnung des empfangenen Geschäftsgewinns aus der Gesellschaft mit beschränkter Haftung enthaltende Steuererklärung einreichen.

Alle Angaben sind unter Fortlassung jeder persönlichen Bezeichnung, insbesondere des Namens lediglich zu adressieren: An den Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission in Dels, Wilhelmstraße 3.

Der Vorsitzende
der Einkommensteuer-Veranlagungskommission.
gez. Roßahn.

Dels, den 12. Dezember 1918.

Reklamationen für das platt. Land.

Auf die gelbe Reklamation Nr. 23 wird ein Pfund abgesetzt.

Dels, den 14. Dezember 1918.

Die auf die Kaffee-Ersatzmarke Nr. 5 von den Verbrauchern angemeldeten Mengen Kaffee-Ersatzmittel können in der Zeit vom 15. bis 31. Dezember gegen Abgabe der Bezugsabschnitte Nr. 5 bei den Kaufleuten entnommen werden. Auf den Stoff entfällt eine Menge von 1 Pfund im Gegensatz zu der auf der Marke aufgedruckten Menge von ½ Pfund. Die Klein Händler werden darauf hingewiesen, daß auf die vorzulegenden Marken nur die ihnen von der Provinzialzuckerstelle zugewiesenen Kaffee-Ersatzmittel verkauft werden dürfen. Ein Verkauf auf die Marke aus früheren Beständen von ausländischem Kaffee-Ersatz und dergl. ist strafbar. Der Preis für Kaffee-Ersatzmittel, die auf die Marke Nr. 5 entnommen werden, darf nach der Verordnung über Kaffee-Ersatzmittel vom 16. November 1917 (R. G. Bl. Seite 1063) und der Verordnung zur Abänderung der Verordnung über Kaffee-Ersatzmittel vom 27. August 1918 (R. G. Bl. S. 1084) nicht übersteigen:

1. für Kaffee-Ersatzmittel aus Getreide oder Malz
 - a) für Ware, die in geschlossenen Packungen oder Behältnissen an den Klein Händler geliefert wird, 56 Pf. für ein Pfund,
 - b) für lose Ware 52 Pf. für ein Pfund;
- 2) für andere Kaffee-Ersatzmittel
 - a) für Ware, die in geschlossenen Packungen oder Behältnissen an den Klein Händler geliefert wird, 1,16 Mk. für ein Pfund,
 - b) für lose Ware 1,12 Mark für ein Pfund.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses.

Dels, den 14. Dezember 1919.

Kartoffelbezeichnungen für Stadt Rattowitz sind sofort einzustellen. Die für diesen Bedarfseigert freigeordnete Menge ist an Kreis Deutzen zu verladen.

Kreis Kartoffelstelle.

Reklamationen für Unteroffiziere und Mannschaften.

1. Eingehungen zum Heeresdienst finden im allgemeinen bis auf weiteres nicht mehr statt. Nur die Personen der Geburtsjahrgänge 1898 und 1899, soweit sie in letzter Zeit zu Unrecht entlassen worden sind, werden bei Bedarf wieder eingezogen.

2. Zurückstellungen der noch nicht eingezogenen (also bisher zurückgestellt) Personen Jahrgänge 1870—1900 finden bis auf weiteres nicht mehr statt. Neue Anträge sind nicht zu stellen, schwebende Anträge sowie Fortführung der Zurückstellungslisten usw. sind gegenstandslos.

3. Zur Bildung des Friedensstandes werden außer den Militärpersonen des aktiven Friedensstandes die zu. gv. und av. Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1898 und 1899, bis auf weiteres auch 1896 und 1897 zurückbehalten. Anträge auf vorzeitige Entlassung dieser Personen sind auf dringende Fälle zu beschränken und stets bei dem Truppenteil des Reklamierten einzureichen. Der Truppenteil legt diese Anträge dem Generalkommando zur Entscheidung vor.

4. Es werden nach besonderen Bestimmungen entlassen, sobald es die militärischen Verhältnisse zulassen, im allgemeinen:

vom Heersee Geburtsjahrgänge 1870—1895,
vom Genarmee z. 3. Geburtsjahrgänge 1870—1886,
1887 bis 1895 und der Rest von 1900 voraussichtlich in nächster Zeit, 1896 und 1897 demnächst.

Besondere Anträge auf beschleunigte Entlassung einzelner Personen erübrigen sich; werden sie aber gestellt, so sind sie, für jede Person getrennt, stets bei der Dienststelle (Truppenteil usw.) einzureichen, wo der Reklamierende z. St. dient oder nach Beendigung der gegenwärtigen Dienststelle eintritt.

Derartige Anträge sind nur auf ganz dringende Fälle zu beschränken und müssen eingehend begründet sowie beidseitig beglaubigt sein.

Die vom Kreis Generalkommando z. St. noch schwebenden

Kellamationen, mit Ausnahme der Entlassungsanträge für die Jahrgänge 1896—1899, werden im allgemeinen als gegenstandslos weggelegt. Auf Einzelbeide ist nicht zu warten.

Beurlaubungen zu Arbeitszwecken finden nicht mehr statt, zu Erholungszwecken allgemein nur auf kurze Zeit zu anderen Zwecken nur in begründeten Ausnahmefällen. Anträge sind stets an den Truppenteil zu richten.

C. Allgemeines. Nur unbedingt notwendige Anfragen und Anträge stellen, aber nicht mehr an das Generalkommando, sondern fortan zur Beschleunigung (bei Dienenden) unmittelbar an den zuständigen Truppenteil oder (bei Entlassenen) an das zuständige Bezirkskommando (Bezirksfeldwebel). Geburtsjahr und genaues Militärverhältnis sowie Dienstgrad muß angegeben sein.

Allgemeine Rodensarten vermeiden, möglichst kurz und sachlich mit wahren Angaben begründen! Vorteilige und kleine Sonderwünsche zurückstellen, Zeit und Papier sparen!

Deis, den 12. Dezember 1918.

Bei einem Einbruch in der Guts- und Amtsvorsteher-Kanzlei in Ostrowine sind unter anderem auch die Guts- und Amtsvorsteher-Stempel gestohlen worden. Der Amtsvorsteher-Stempel führt die Bezeichnung „Amt Pomitz“. Der neue gültige Stempel wird die Bezeichnung „Amtsvorsteher“ in Ostrowine führen.

Deis, den 16. Dezember 1918.

Förderung der Schafhaltung.

Die Landwirtschaftskammer gibt zur Begründung neuer Herden Unterstüßungen und zwar zur Beschaffung von weiblichen Tieren bis 50 Mark je Stück, im Höchstfalle bis 1000 M für den Einzelnen; Zuchtböcke werden für bäuerliche Besitzer kostenlos gestellt. Zur Anlage und Verbesserung von Weiden werden Beihilfen bis zu 500 Mark gegeben. Schäferlehrlinge erhalten während der dreijährigen Lehrzeit eine Unterbringung bis 250 Mark, Schafmeister für die Ausbildung eines Lehrlings bis 200 M.

Zur Beratung in Schafzuchtfragen steht ein Schäferdirektor und der Schafzuchtinstruktor der Landwirtschaftskammer zur Verfügung. Ein Merkbüchlein über Schafzucht sowie jede weitere Auskunft ist von der Hauptgeschäftsstelle der Landwirtschaftskammer, Breslau 10, Matthiasplatz 6, kostenlos zu erhalten.

Deis, den 8. Dezember 1918.

Bauholz.

Angeichts des nahe bevorstehenden Beginns des Winter-einschlages von Bauholz erscheint es dringend erforderlich, daß der Bedarf an Rundholz für die gemeinnützige Wohnungsfürsorge in den Städten und auf dem platten Lande, soweit es noch nicht geschehen ist, nunmehr mit tünlichster Beschleunigung festgestellt und bei der Forstverwaltungen angemeldet wird. Die Verwaltungen der Staatsforsten sind angewiesen, für Wohnungsbaupurwecke Holz zur Verfügung zu halten. Ich ersuche auch die Besitzer von Gemeinde- und Privatwaldungen, Holz-mengen durch freihändige Abgabe zu mäßigen Preisen für den genannten Zweck zur Verfügung zu stellen.

Der Landrat.

Hoja n.

Deis, den 11. Dezember 1918.

Reichsware.

Frauschaffungen, deren Einkommen 3000 Mark nicht übersteigt, können bei dringendem Bedarf gegen Bezugsschein Erstlingsfächer, Nadelbinden, Mädchenhemden und Männersocken in nachfolgenden Geschäften beziehen:

Deis: M. Bernstein, S. Berger, Breslauer Engroskater, S. Drucker, S. Deusch, M. Fernbach, W. Kassel, C. Liebeskind, S. Bachmann, S. Ritter, M. Erdner, J. Joch, A. Willmann.

Bernstadt: Th. Brininger, S. Ebstein, M. Hermann, J. Imbach, A. Kirsch, W. Kosteritz, G. Meidner, Paul Kähler, S. Mielsch, S. Porenszewski, S. Rosenstrauß, Ch. Neumann, Emilie Scholz, Emma Sieke.

Juliusburg: E. A. Wuttke, W. Wuttke, E. Zwiener.

Gundelsfeld: A. Gembus, M. Hübner, E. Pelz.

Die Verkaufspreise sind vorgeschrieben und betragen für ein Erstlingsfächer

Serie I weiß 3,30 M Serie II weiß 2,63 M

Serie III bunt 2,63 M

eine Nadelbinde 99 Pf.

ein Mädchenhemd

Gr. 50: 4,93 M Gr. 60: 6,55 M Gr. 70: 7,85 M

Gr. 80: 9,75 M Gr. 90: 11,75 M Gr. 100: 14,25 M

ein Paar Männersocken 3,05 M

Berlin, den 4. Dezember 1918.

Aufforderung

des Reichswirtschaftsamtes, den Einschlag von Kuchholz im Winter 1918/19 möglichst zu steigern.

Deutschland verbrauchte in den letzten Friedensjahren rund 42 Millionen Festmeter (fm) Kuchholz, wovon 28 Millionen Festmeter aus inländischer Erzeugung und rund 14 Millionen Festmeter aus der Einfuhr gedeckt wurden. Für die Deckung des Bedarfs des Jahres 1919 ist auf eine erhebliche Einfuhr nicht zu rechnen, weil die Einfuhrländer durch die Kriegsfolgen daran verhindert sind. Außerdem wird der einheimische Bedarf sehr viel größer sein, als in Friedenszeiten, da mit einem gesteigerten Bedarf zu rechnen ist, schon deshalb, weil während des Krieges fast alle Unterhaltungs- und Ersatzbauten im Hoch- und Tiefbau, bei der Eisenbahn und im Bergbau unterblieben sind. Außerdem fordert unsere innere Wirtschaft eine umfangreiche Tätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungsbaues und der Befriedung. Schließlich ist auch damit zu rechnen, daß der Friedensschluß sehr erhebliche Anforderungen an deutschem Holz für den Wiederaufbau von Nordfrankreich und Belgien bedingt. Man wird daher den Kuchholzbedarf Deutschlands im nächsten Jahre auf mindestens 40—50 Millionen Festmeter schätzen können, gegen einen Friedenseinschlag von 28 Millionen Festmeter. Der Bedarf im nächsten Jahre ist also fast doppelt so hoch wie der normale Einschlag im Frieden.

Alle staatlichen und kommunalen Forstverwaltungen und alle Privatwaldbesitzer werden daher aufgefordert, in dem bevorstehenden Winter einen möglichst starken Holzeinschlag vorzunehmen; das liegt durchaus in ihrem eigenen Interesse. Sie werden damit außerdem der Gesamtwirtschaft den größten Dienst leisten, weil sowohl der Holzeinschlag selbst, als die weitere Verwendung des Holzes eines der wirksamsten Mittel zur Behebung der Arbeits- und Wohnungsnot sind. Die Binderung der Arbeits- und Wohnungsnot ist aber eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit.

Versteigerung.

Am Sonnabend, den 21. d. Mts., 9 1/2 Uhr, werde ich in Namslau im Hofe der Frau Schneider, Wilhelmstraße 2

1 wenig gebr. Motorbreitdrescher

mit doppelter Reinigung (auch für Gabelbetrieb, 5-6 Spanning, verwendbar) freiwillig meistbietend versteigern. Derselbe ist sehr gut erhalten. Gute Bedenken sind vorhanden. Beichtigung 1 Stunde vorher. Bargad, Gerichtsvollzieher.

Rechnungsformulare

zu haben

A. Ludwigs Buchdrucker, Roth, Polke & Co.

5000 Mark

zum 1. April 1919 auf sichere Hypothek zu vergeben; wo, sagt d. Gesch. der Vol.

Möbl. Zimmer

von jungem anständigen Herrn sofort oder später gesucht. 6984

Angebote unt. 6984 an die Geschäftsstelle der Vol. erb.

Dom. Campen bei Bingeran gibt

Zuckerrüben

zum Ausnehmen gegen Blätter.

Aderverkaltung, Schwindelanfälle

erzählungen, Angst- u. Schwächezustände. Verlangen Sie ausführliche Gratis-Broschüre.

Dr. Behrardt & Co., Berlin W. 25, Potsdamer Str. 104a.